

Stadt Bramsche

**Protokoll
über die 2. Sitzung des Ausschusses f. Stadtentwicklung u. Umwelt
vom 08.03.2012
kleiner Sitzungssaal (Rathaus) Hasestr. 11, 49565 Bramsche**

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Heiner Pahlmann

Mitglieder SPD-Fraktion

Herr Helmut Bei der Kellen

Vertretung für RM Rehling, Lars; anwesend
bis 22:10 Uhr TOP 21

Herr Ralf Bergander

Herr Volker Schulze

Mitglieder CDU-Fraktion

Herr Heiner Hundeling

Herr Andreas Quebbemann

Herr Ernst-August Rothert

Mitgl. Frakt. B 90/DieGrünen

Herr Dieter Sieksmeyer

Frau Annette Specht

Bürgervertreter gem. § 71 (7) NKomVG

Frau Ingrid Bühning

Herr Peter Furmanek

Herr Werner Hagemann

bis 19:30 Uhr anwesend TOP 8

Gäste

Herr Wolfgang Kirchner

Herr Klaus Sandhaus

Verwaltung

Herr LSBD Hartmut Greife

Frau BGM'in Liesel Höltermann

Herr Ralf Johanns

Herr Wolfgang Tangemann

Protokollführerin

Frau Marion Schwarzenauer

Abwesend:

Mitglieder SPD-Fraktion

Herr Lars Rehling

Beginn: 18:00 Ende: 22:30

Tagesordnung:

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 2 Ergänzung/Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 07.12.2011
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Sachstand zum Ausbau des Breitbandnetzes in den städtischen Gewerbe- und Industriegebieten
- 6 Neuwahl der Fachmitglieder des Umlegungsausschusses WP 11-16/054
- 7 Städtebauliche Neuordnung und Vermarktung der Grundstücksfläche an der Westseite der Breslauer Straße WP 11-16/081
- 8 Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP/Ballmann auf Ausweisung von erwerbbaaren Baugrundstücken in allen Ortsteilen WP 11-16/074
- 9 Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP/Ballmann auf Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Ortsteil Ueffeln WP 11-16/071
- 10 Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP/Ballmann auf Nutzung der passiven, thermischen und photovoltaischen Sonnenergienutzung durch Angebotsplanung in Bebauungsplänen WP 11-16/082
- 11 Antrag der SPD-Fraktion auf Nachverdichtung bestehender Baugebiete WP 11-16/084
- 12 Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP/Ballmann zur Förderung der solaren Nutzung von Dachflächen im Bestand mittels einer Solarpotenzialanalyse WP 11-16/095
- 13 Verlängerung der Satzung der Stadt Bramsche über die Anordnung einer Veränderungssperre für den Bereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan Nr. 144 „Südöstlich der Westerkappler Straße“ um ein weiteres Jahr. WP 11-16/080
- 14 22. Flächennutzungsplanänderung – Ortsteil Bramsche - Feststellungsbeschluss WP 11-16/070
Bezugsvorlage 635 und 743
- 15 Bebauungsplan Nr. 111 "Poggenpatt", mit örtlichen Bauvorschriften, WP 11-16/083
- Satzungsbeschluss gem. § 10 Baugesetzbuch (BauGB)
- Bezugsvorlagen 550 und 744
- 16 Herstellung Grünegräser Weg - Planersetzende Entscheidung (§ 125 Abs. 2 BauGB) WP 11-16/079
- 17 Sachstandsbericht bzgl. des Änderungsverfahrens zum Landesraumordnungsprogramm (LROP) - Tonabbau
- 18 Haushaltsplanberatungen

- 19 Informationen
- 20 Anfragen und Anregungen
- 21 Einwohnerfragestunde

TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Vors. Pahlmann eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

TOP 2 Ergänzung/Feststellung der Tagesordnung

Als neuer TOP 12 wird die Tischvorlage Nr. 95 „Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP/Ballmann zur Förderung der solaren Nutzung von Dachflächen im Bestand mittels einer Solarpotenzialanalyse“ aufgenommen.

RM Quebbemann bittet um einen Sachstandsbericht bzgl. des Änderungsverfahrens zum Landesraumordnungsprogramm (LROP), Tonabbau. LSBD Greife führt hierzu unter dem neuen TOP 17 aus.

Die Nummerierung der nachfolgenden TOPs ändert sich entsprechend.

TOP 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 07.12.2011

RM Quebbemann fordert Änderungen/ Ergänzungen im öffentlichen und im nicht-öffentlichen Teil der Sitzungsniederschrift v. 07.12.2011. Letztere werden im nicht-öffentlichen Teil behandelt (siehe unten TOP 24).

Die Niederschrift der Sitzung vom 07.12.2011 (öffentlicher Sitzungsteil) wird mit Ausnahme des TOP 12 einstimmig genehmigt.

RM Quebbemann regt die Umformulierung der Niederschrift zu TOP 12, Abs. 3 wie folgt an (Ergänzungen in *kursiv*): „Die CDU tut sich grundsätzlich schwer, den örtlichen Bauvorschriften im Bebauungsplan zuzustimmen. Sie möchte aber auch nicht die gesamte Planung unnötig verzögern und erklärt sich daher mit den örtlichen Bauvorschriften einverstanden. Angesichts der Tatsache, dass die Verwaltung signalisiert hat, eine Überarbeitung der Gestaltungssatzung konstruktiv zu begleiten, stellt die CDU in diesem Einzelfall die Bedenken gegen die Gestaltungssatzung/ örtl. Bauvorschriften zurück. (...)“

Die Verwaltung bezweifelt die Richtigkeit dieser Aussage und behält sich vor, die Tonaufnahmen aus der Sitzung heranzuziehen.

Vors. Pahlmann lässt darüber abstimmen, wer eine Änderung des Protokolls unter TOP 12 für erforderlich hält.

Abstimmungsergebnis: 5 Stimmen für eine Änderung, 3 Stimmen gegen eine Änderung, 1 Enthaltung.

Nachtrag: Die Verwaltung hat die Tonaufnahmen abgehört und nimmt eine Neuformulierung der o.g. Passage wie folgt vor:

„Die CDU tut sich grundsätzlich schwer, den örtlichen Bauvorschriften im Bebauungsplan zuzustimmen. Sie möchte aber auch nicht die gesamte Planung unnötig verzögern. RM Quebbemann erklärt, dass im Vorfeld mit der Verwaltung vereinbart worden sei, das Thema Gestaltungssatzung im nächsten Jahr in Ruhe anzugehen (Überarbeitung mit dem Ziel der Entbürokratisierung). Aufgrund dieser Vereinbarung stellt die CDU in diesem Einzelfall die Bedenken gegen die Gestaltungssatzung/ örtl. Bauvorschriften zurück und trägt den Beschluss des Bebauungsplans mit. (...)“

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen vorgetragen.

TOP 5 Sachstand zum Ausbau des Breitbandnetzes in den städtischen Gewerbe- und Industriegebieten

Dipl.-Geogr. Sandhaus, Stadtmarketing Bramsche, trägt zum Ausbaustand des Breitbandnetzes im Stadtgebiet Bramsche vor. Die Folien des Vortrages sind dem Protokoll als Anhang beigelegt.

Für den Ausbau auf VDSL-Standard im Ortsteil Engter und den Siedlungsbereich Lappenstuhl wurde ein Antrag auf EU-Fördermittel (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung – EFRE) gestellt. Je nach Bewilligung der Mittel, kämen auf die Stadt Bramsche Kosten in Höhe von 35-70 Tsd. Euro zu.

RM Quebbemann befürwortet den Ausbau des Breitbandnetzes in Bramsche und kündigt seine Unterstützung für die Bereitstellung städtischer Mittel für den Ausbau in Engter an. Es sei außerdem sinnvoll, bei Baumaßnahmen in Neubaugebieten Glasfaserkabel direkt zu verlegen. LSBD Greife erklärt, dass dies den Netzanbietern nicht vorgeschrieben werden könne.

TOP 6 Neuwahl der Fachmitglieder des Umlegungsausschusses WP 11-16/054

LSBD Greife erläutert im Zusammenhang mit der Vorlage Nr. 54 Ziel und Zweck des Instrumentes der Bodenordnung.

Vors. Pahlmann lässt über die Vorlage Nr. WP 11-16/054 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

**TOP 7 Städtebauliche Neuordnung und Vermarktung WP 11-16/081
der Grundstücksfläche an der Westseite der
Breslauer Straße**

LSBD Greife erläutert die Vorlage Nr. 81.

RM Bergander unterstützt den Vorschlag der Verwaltung. Wichtig sei es, die bestehenden Gebäude in einem vernünftigen Zustand zu erhalten. Sicher sei es erstrebenswert, die Neuordnung an der Breslauer Straße in den nächsten fünf Jahren vorzubereiten, jedoch müssten die Bewohnerstrukturen berücksichtigt werden. Insbesondere die Wünsche von Anwohnern, die seit Jahrzehnten dort lebten und dies auch weiterhin wollten, müssten respektiert werden. Bei früheren Abrissmaßnahmen in der Moselstraße oder Karlstraße sei auch so verfahren worden.

RM Specht hält die Maßnahme für städtebaulich sinnvoll und sieht eine neue Chance für das ganze Gebiet. Die Frage, ob es bereits Vorgespräche mit Bewohnern gab, verneint LSBD Greife. RM Specht regt zur Verbesserung der Kommunikation eine Versammlung an, auf der den Anwohnern frühzeitig die neue Perspektive des Gebietes vorgestellt werden könne. Weiter erkundigt sich RM Specht, was zukünftig mit der Spielplatzfläche im nordwestlichen Bereich geschehen soll. Dies sei noch offen, erklärt LSBD Greife. Ob weiterhin ein Bedarf für einen Spielplatz an diesem oder einem anderen Standort besteht, könne später entschieden werden, wenn die Fläche frei sei. Herr Johannis, Abt. Gebäudemanagement/ Liegenschaften schildert aus seiner Sicht, dass der Spielplatz derzeit eher selten von den Anwohnern genutzt werde.

RM Quebbemann spricht sich ebenfalls dafür aus, hinsichtlich des Spielplatzes noch keine Entscheidung zu treffen. Er geht davon aus, dass die Verwaltung ihrer sozialen Verantwortung gegenüber den Mietern bewusst ist. Jedoch sei es auch möglich, dass nicht allen Mietern ein lebenslanges Wohnrecht zugestanden werden könne. In solchen Fällen müssten Alternativangebote bereitgestellt werden. Bei den Gebäuden sei nach jahrelangem Sanierungsrückstand eine Grenze der Wohnbarkeit erreicht.

BGM Höltermann hebt hervor, dass die Stadt auf dieser Fläche die Möglichkeit habe, neue Wohnformen (Verbindung von Jung & Alt) zu entwickeln. Es solle dabei nicht vordringlich darum gehen, Bauflächen für Eigenheime zu schaffen, sondern erschwingliches Wohnen für verschiedene Altersgruppen zu ermöglichen. Nicht die Stadt werde als Entwickler auftreten, aber man könne – bspw. über einen Wettbewerb – mit seriösen Investoren Kontakt aufnehmen.

BV Hagemann stimmt dem durch die BGM Höltermann formulierten Entwicklungsziel zu und verweist auf die Aussagen des Projektes „Bramsche 2020“. In Bezug auf den Kinderspielplatz ist er jedoch der Auffassung, dass dieser zeitweise sehr stark frequentiert sei. Er spricht sich dafür aus, einen Spielplatz in der vorhandenen Größenordnung zu erhalten.

RM Schulze erklärt, dass es den langjährigen Bewohnern vor allem darauf ankäme, weiterhin im Quartier wohnen bleiben zu können. Der Wechsel in eine Wohnung auf der anderen Straßenseite werde sicherlich akzeptiert.

Vors. Pahlmann lässt über die Vorlage Nr. WP 11-16/081 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

TOP 8 Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP/Ballmann auf Ausweisung von erwerbbaaren Baugrundstücken in allen Ortsteilen

Der TOP 8 (Vorlage Nr. 74) wird zusammen mit dem TOP 11 (Vorlage Nr. 84, Antrag der SPD-Fraktion auf Nachverdichtung bestehender Baugebiete) beraten.

RM Quebbemann stellt den gemeinsamen Antrag der Gruppe CDU/FDP/Ballmann und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. In den letzten Jahren habe der Schwerpunkt der Siedlungsentwicklung auf dem Ortsteil Engter gelegen. Die neue Mehrheit vertritt die Auffassung, dass Bauwillige, die in einem bestimmten Ortsteil bauen wollen, auch die Möglichkeit dazu haben sollen. Einen Vorrang vor neuen Baugebieten habe zunächst die Nachverdichtung bestehender Siedlungsbereiche, was im Vorfeld abgeprüft werden solle. Die Voraussetzung einer gesicherten Erschließung müsse selbstverständlich gegeben sein. Sollte eine Nachverdichtung nicht möglich sein, wie dies im Ortsteil Ueffeln der Fall sei, so RM Quebbemann, sollten Neubaugebiete ausgewiesen werden. Da dies einen erheblichen Verwaltungsaufwand bedeute, solle vorerst eine Priorität auf die Ortsteile Alt-Achmer, Hesepe, Bramsche und Epe gelegt werden.

LSBD Greife führt aus, dass das vorgetragene Anliegen keine völlige Abkehr von dem sei, was bislang praktiziert werde. Den Rahmen für die Entwicklung neuer Baugebiete gibt der Flächennutzungsplan der Stadt Bramsche vor. Schwerpunkte sind demnach die Ortsteile Hesepe, Bramsche und Engter. Erweiterungen in anderen Ortsteilen seien im Rahmen von Eigenwicklungen möglich und auch erfolgt. LSBD Greife erklärt weiter, dass in der Vergangenheit immer wieder Anfragen zur Nachverdichtung geprüft, Konzepte diesbezüglich erstellt und etliche Gespräche geführt worden seien. Zuletzt sei für den Ortsteil Ueffeln eine Baulücken-Übersicht erstellt worden. Seitens der Politik habe es aber kein Interesse gegeben, das Grundstücksangebot näher prüfen zu lassen.

RM Bergander stellt klar, dass sich die SPD in der Vergangenheit an den Aussagen des Flächennutzungsplans orientiert habe. Darüber hinaus sei bspw. im Ortsteil Kalkriese ein Neubaugebiet realisiert worden. Aus Sicht der SPD müsse in jedem Ortsteil Neubautätigkeit möglich sein. Insbesondere in den Baugebieten aus den 50/60er Jahren bestünde erhebliches Potenzial für Nachverdichtungen. Hier könne eine Bebaubarkeit ggf. durch Beplanung erreicht werden, was sicherlich auch den Eigentümern der großen Grundstücke nütze. Er plädiert für eine Konzentration auf den Bestand und die Optimierung dessen. Nach Ansicht von RM Bergander solle der tatsächliche Bedarf an Neubaugrundstücken in Ueffeln zunächst festgestellt werden. Durch die Ausweisung neuer Baugebiete würden auch erhebliche städtische Gelder gebunden.

RM Sieksmeyer spricht sich für den Vorrang von baulicher Nachverdichtung vor der Ausweisung neuer Baugebiete aus. In Ueffeln solle die vorhandene Infrastruktur dauerhaft gesichert

werden. Wenn Grundstücke dort nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung stünden, sollte ein Baugebiet mit 20-30 Grundstücken entwickelt werden.

Nach den Erfahrungen von Dipl.-Ing. Tangemann besteht in Bramsche insbesondere in zentralen Lagen eine deutlich gestiegene Nachfrage nach Wohnraum. Er betont die Bedeutung einer auf die Nachfrage in den Ortsteilen abgestimmten Entwicklung von Bauflächen. In der Innenstadt helfe das Instrument der Umlegung, um ins Eigentum von Verkehrsflächen zu kommen; trotzdem sei der Zeitaufwand enorm. Für Planungen im Bestand empfiehlt Dipl.-Ing. Tangemann daher grundsätzlich die vorsorgliche Bevorratung von Flächen durch die Stadt. Schließlich weist Dipl.-Ing. Tangemann darauf hin, dass es im Ortsteil Ueffeln einen rechtskräftigen Bebauungsplan (B-130 „Am Alten Hof“) gebe, der Wohnbauflächen ausweise, deren Umsetzung aber vermutlich mangels Nachfrage bislang nicht erfolgt sei.

BV Hagemann verlässt die Sitzung um 19:30 Uhr.

RM Specht hält es für sinnvoll, potentiell bebaubare Flächen übersichtlich darzustellen, von einem Ankauf seitens der Stadt aber abzusehen. Eine solche Darstellung sei transparent und bürgerfreundlich.

Vors. Pahlmann wirft die Frage auf, ob ein gemeinsamer Beschluss über die Vorlagen Nr. 74 und Nr. 84 erfolgen könne.

Die SPD beantragt eine Sitzungsunterbrechung.
Sitzungsunterbrechung von 19:40 bis 19:50 Uhr.

Die SPD wünscht getrennt über die Beschlussvorlagen abzustimmen.

Vors. Pahlmann lässt über die Vorlage Nr. 74 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen
 4 Enthaltungen

Damit wird der gemeinsame Antrag der Gruppe CDU/ FDP/ Ballmann und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen einstimmig angenommen.

Vors. Pahlmann lässt über die Vorlage Nr. 84 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen
 5 Nein-Stimmen

Damit wird der Antrag der SPD-Fraktion abgelehnt.

TOP 9 Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP/Ballmann auf Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Ortsteil Ueffeln

RM Bergander erklärt, dass sich die SPD-Fraktion dem Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Ortsteil Ueffeln anschließen würde, wenn man sich hierbei auf die im Flächennutzungsplan als Wohnbauflächen dargestellten Bereiche konzentrieren würde.

RM Quebbemann stellt klar, dass der vorgelegte Antrag keine Festlegung auf bestimmte Flächen enthält.

BGM Höltermann bittet vor dem Hintergrund der finanziellen Belastung, die in Verbindung mit der Vermarktbarkeit von Grundstücken entsteht, äußerst vorsichtig an die Entwicklung weiterer Bauflächen in Ueffeln heranzugehen. Sie habe in den letzten Wochen Sparkassen und die Baugenossenschaft angefragt, inwieweit eine Beteiligung an Bauvorhaben in Ueffeln von Interesse wäre. Man habe ihr eine klare Absage erteilt, da in dieser Lage keine entsprechende Vermarktbarkeit gesehen wird. Die Nachfrage nach Grundstücken beschränke sich auf Bramsche-Mitte und Engter. BGM Höltermann gibt zu bedenken, dass die Entwicklung eines größeren Baugebietes eine lange Bindung von erheblichen städtischen Geldern zur Folge haben könne, da eine zügige Vermarktung nicht sicher ist.

LSBD Greife informiert, dass er heute mit dem Investor, der die Flächen im B-Plan Nr. 130 „Am alten Hof“ (sechs Baugrundstücke) besitzt, telefoniert habe. Der Investor habe ihm mitgeteilt, dass er die Flächen schon seit Jahren anbiete, sich aber keinerlei Nachfrage dafür zeige. LSBD Greife gibt ebenfalls zu Bedenken, dass ein neues Baugebiet massiv öffentlich Mittel binde und dies auch im Widerspruch zur angestrebten Konsolidierung des städtischen Haushaltes stehe.

RM Quebbemann regt an, den Erwerb zunächst nur für Teilflächen vorzusehen und sich weitere Flächen über notariell beurkundete Verkaufsangebote zu sichern.

Vors. Pahlmann lässt über die Vorlage Nr. 71 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen
 4 Enthaltungen

Damit wird der gemeinsame Antrag der Gruppe CDU/ FDP/ Ballmann und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen einstimmig angenommen.

TOP 10 Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP/Ballmann auf Nutzung der passiven, thermischen und photovoltaischen Sonnenenergie-nutzung durch Angebotsplanung in Bebauungsplänen

Der TOP 10 (Vorlage Nr. 82) wird zusammen mit dem TOP 12 (Tischvorlage Nr. 95, gemeinsamer Antrag der Gruppe CDU/ FDP/ Ballmann und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur Förderung der solaren Nutzung von Dachflächen im Bestand mittels einer Solarpotenzialanalyse) beraten.

RM Sieksmeyer erörtert den Antrag (Vorlage Nr. 82). Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen soll künftig die solare Nutzung der Dachflächen ein Belang der städtischen Bauleitplanung sein. Ziel ist, dass möglichst viele Gebäude eine optimale Ausrichtung haben. Im Zusammenhang damit steht die Initiative des Landkreises im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes zur verstärkten solaren Nutzung von Dachflächen mittels einer Solarpotenzialanalyse. Die Ergebnisse der Überfliegung sollen später ins Internet eingestellt werden.

LSBD Greife verweist auf die Erläuterungen in der Vorlage Nr. 82 und erklärt, dass in den von der Stadt in den letzten Jahren aufgestellten Bebauungsplänen die Firstrichtungen kaum festgesetzt worden seien. Die Nutzung der Dachflächen für das Anbringen von Photovoltaikanlagen sei bereits möglich.

RM Quebbemann betont, dass zukünftig eine reine Angebotsplanung geschaffen und Firstrichtungen grundsätzlich nicht mehr zwingend festgesetzt werden sollen.

RM Bergander stellt fest, dass die Grünen in Bramsche ihre Politik insbesondere in Bezug auf Zersiedelung und eine ökologische Ausrichtung in Bebauungsplänen umgestellt hätten. RM Specht betont, die Ausrichtung der Grünen sei weiterhin, Nachverdichtung einen Vorrang einzuräumen und Klimaschutz in der Bauleitplanung zu fördern.

BGM Höltermann erläutert die Hintergründe der bevorstehenden Solarpotenzialanalyse. Bislang seien die von der Stadt zu tragenden Kosten sehr hoch gewesen. Noch im Februar hätte der von der Stadt zu tragende Kostenanteil 15.000 € betragen. Nach der Zusage von Energieversorgern, den Großteil der Kosten zu übernehmen, verbleibt für die Stadt nur noch eine Restfinanzierung von ca. 950 €. BGM Höltermann hat daraufhin gegenüber Herrn Dr. Wilkens, Landkreis Osnabrück die Zusage zum Solardachkataster gegeben.

RM Sieksmeyer stellt sich vor, dass in Zusammenarbeit mit der IHK, der Stadtmarketing Bramsche und ggf. entsprechenden Handwerksbetrieben eine aktive Förderpolitik erreicht werden könne. Die Ergebnisse der Solarpotenzialanalyse sollen durch das beauftragte Büro vorgestellt werden, hierfür sollen entsprechende Mittel bereit gestellt werden.

Vors. Pahlmann lässt über die Vorlage Nr. 82 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen
4 Enthaltungen

Damit wird der gemeinsame Antrag der Gruppe CDU/ FDP/ Ballmann und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen einstimmig angenommen.

LSBD Greife weist darauf hin, dass die Erstellung eines Solardachkatasters weitere Kosten auslösen wird, etwa im Bereich der EDV zur Einbindung der Daten in das städtische System. Weiter entstünden Personalkosten, da ein solches Kataster auch betreut werden müsse. Er regt an, über die Einrichtung einer Umwelt-Stelle nachzudenken.

Vors. Pahlmann lässt über die Vorlage Nr. 95 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen
4 Enthaltungen

Damit wird der gemeinsame Antrag der Gruppe CDU/ FDP/ Ballmann und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen einstimmig angenommen.

TOP 11 Antrag der SPD-Fraktion auf Nachverdichtung bestehender Baugebiete WP 11-16/084

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde unter TOP 8 beraten.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen

Damit wird der Antrag der SPD-Fraktion abgelehnt.

TOP 12 Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP/Ballmann zur Förderung der sola- WP 11-16/095

ren Nutzung von Dachflächen im Bestand mittels einer Solarpotenzialanalyse

Der Antrag wurde unter TOP 10 beraten.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen
4 Enthaltungen

Damit wird der gemeinsame Antrag der Gruppe CDU/ FDP/ Ballmann und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen einstimmig angenommen.

TOP 13 Verlängerung der Satzung der Stadt Bramsche WP 11-16/080 über die Anordnung einer Veränderungssperre für den Bereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan Nr. 144 „Südöstlich der West- terkappeler Straße“ um ein weiteres Jahr.

LSBD Greife erläutert die Vorlage Nr. 80.

RM Bergander führt aus, dass die Verlängerung der Veränderungssperre nötig sei, um eine geordnete Entwicklung und rechtsfehlerfreie Planung zu gewährleisten. Anlass für den Erlass der Veränderungssperre sei damals die Situation um das zwischenzeitlich geräumte Reifenlager gewesen.

RM Quebbemann schlägt vor, die Satzung nur für einen Teil des bisherigen Geltungsbereiches um ein weiteres Jahr zu verlängern: Bereich östlich des Fasanenweges, des sog. grünen Weges und in der Verlängerung dazu entlang der westlichen Grenze der Flurstücke 55/111, 55/126 und 55/53 (siehe Anlage zur Niederschrift).

LSBD Greife sieht eine Bebauung der rückwärtigen Grundstücksflächen am Fasanenweg weiterhin sehr kritisch. Die gewünschte Ausweisung von überbaubaren Flächen in unmittelbarer Nachbarschaft zu einem metallverarbeitenden Betrieb sei verantwortungslos. Der Landkreis Osnabrück werde über den vorliegenden Bauantrag zu entscheiden haben.

Dipl.-Ing. Tangmann gibt zu bedenken, dass die vorliegenden Nutzungskonflikte nur sehr schwer lösbar seien und die Erarbeitung eines sachgerechten Lösungsvorschlags sehr arbeitsintensiv sei. Das Instrument der Veränderungssperre nütze einer sachgerechten Abwägung.

Aus Sicht des Vors. Pahlmann sollen die Anwohner bauen können, wenn sie das wollten. Allerdings müsse Rechtssicherheit gewährleistet sein. Schon jetzt seien die Immissionen teilweise überschritten.

RM Quebbemann weist darauf hin, dass die Anwohner die Lärmbelastungen kennen. Seitens der Verwaltung würden Personen geschützt, die nicht geschützt werden wollten. Es gebe Maßnahmen des passiven Schallschutzes und Festsetzungsmöglichkeiten bzgl. der Ausrichtung von Gebäuden.

LSBD Greife weist darauf hin, dass die Regelwerke des BImSchG und die DIN 18005 „Schallschutz im Städtebau“ überall gelten.

BGM Höltermann erinnert an eine Veranstaltung im Rathaus, auf der sich Anwohner über die Lärm- und Staubentwicklung in der Nähe des Betriebes am Fasanenweg beschwert hätten. LSBD Greife habe damals auf den Bestandsschutz des Betriebes hingewiesen. Daher sei sie

irritiert gewesen, als Anwohner später die Absicht signalisiert hatten, über die Bebauung der rückwärtigen Grundstücksflächen weitere 30 m an den Betrieb heranzurücken.

Vors. Pahlmann lässt über die Vorlage Nr. 80 mit dem veränderten Geltungsbereich gem. des Vorschlages von RM Quebbemann abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen
 3 Nein-Stimmen
 1 Enthaltung

Damit ist die Beschlussvorlage mit geändertem Geltungsbereich angenommen.

Hinweis: Dem Protokoll ist als Anlage der Geltungsbereich der um ein Jahr verlängerten Veränderungssperre beigelegt.

TOP 14 22. Flächennutzungsplanänderung – Ortsteil WP 11-16/070
Bramsche - Feststellungsbeschluss
Bezugsvorlage 635 und 743

Der TOP 14 (Vorlage Nr. 70, 22. FNP-Änderung) wird zusammen mit dem TOP 15 (Vorlage Nr. 83, B-Plan Nr. 111) beraten.

Dipl.-Ing. Tangemann erläutert die Vorlagen Nr. 70 und Nr. 83.

RM Quebbemann regt an, den Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 111 „Poggenpatt“ dahingehend zu ändern, dass der Anregung der DLRG-OG Bramsche e.V. unter Pkt. 6 wie gewünscht nachgekommen wird. Das heißt, die überbaubare Fläche soll nicht wie von der Verwaltung vorgeschlagen um 3,50 m, sondern um 5,00 m vergrößert werden.

Vors. Pahlmann lässt über die Vorlage Nr. 70 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Vors. Pahlmann lässt über die Vorlage Nr. 83 mit der beantragten Änderung (Seite 4, Ergebnis der Prüfung zu 6., Zeile 2, Erweiterung der überbaubaren Fläche um 5,00 m) abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

TOP 15 Bebauungsplan Nr. 111 "Poggenpatt", mit ört- WP 11-16/083
lichen Bauvorschriften,
- Satzungsbeschluss gem. § 10 Baugesetzbuch
(BauGB)
- Bezugsvorlagen 550 und 744

Die Beschlussvorlage Nr. 83 wurde unter TOP 14 beraten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Mit der Änderung auf Seite 4, Ergebnis der Prüfung zu 6., Zeile 2, Erweiterung der überbaubaren Fläche um 5,00 m.

**TOP 16 Herstellung Grünegräser Weg - Planersetzende WP 11-16/079
Entscheidung (§ 125 Abs. 2 BauGB)**

Eine Erläuterung der Vorlage Nr. 79 wird nicht gewünscht.

Vors. Pahlmann lässt über die Vorlage Nr. 79 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

TOP 17 Sachstandsbericht bzgl. des Änderungsverfahrens zum Landesraumordnungsprogramm (LROP) - Tonabbau

LSBD Greife trägt vor.

Im Rahmen einer Änderung des Landesraumordnungsprogramms beabsichtigt das Land Niedersachsen, die Vorranggebiete für Rohstoffsicherung neu zu ordnen. Die Stadt Bramsche ist hier mit dem Vorranggebiet Nr. 154 betroffen, das sowohl Flächen im Bereich des Gehn als auch am Heseper „Stapelberg“ beinhaltet. Die Stadt Bramsche hat mitgeteilt, dass einer Erweiterung im Bereich „Stapelberg“ nur zugestimmt wird, wenn gleichzeitig im westlichen Bereich eine Rücknahme von Flächen erfolgt. Dies ist vom Land Niedersachsen im Rahmen der Aufstellung des Entwurfes berücksichtigt worden. Im Feb. 2012 wurde die Stadt Bramsche erneut zur Beteiligung am Verfahren aufgefordert. Den Unterlagen ist zu entnehmen, dass zwar wie bisher die östliche Erweiterung im Bereich „Stapelberg“ enthalten ist, die früher vorgenommene Rücknahme von Flächen im westlichen Bereich des VRR 154 aber nicht mehr dargestellt ist. Die Stadt hat erneut Stellung genommen. In Abstimmung und gleichlautend mit dem LK Osnabrück wird das Land Niedersachsen aufgefordert, die Flächen im westlichen Bereich des VRR 154 wieder aus dem Vorrang herauszunehmen, wie in den ersten Entwürfen vorgesehen. Am 12.03.12 findet eine Anhörung zum LROP in Oldenburg statt, an der Stadt und Landkreis teilnehmen. Über den Fortgang wird berichtet.

TOP 18 Haushaltsplanberatungen

LSBD Greife erläutert die wichtigsten Positionen des Haushaltsplanentwurfs und stellt die seitens der Verwaltung vorgeschlagenen Änderungen vor.

RM Quebbemann listet Änderungsvorschläge seitens der Gruppe CDU/ FDP/ Ballmann und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen auf, die zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes beitragen sollen. Folgende Positionen sind genannt: Rathausmobiliar, Feuerwehrfahrzeugneubeschaffungen, Personalkosten, Erweiterung Sporthalle Schleptrup, Planungskosten Investorenwettbewerb Gartenstadtschule, Parkplatz Schüttenheide, Parkplatz K + K, Parkplatz Rathaus, Terrasseneinrichtung Mensa, Ideenwettbewerb Hasesee. RM Rothert bean-

tragt die Kürzung der Pos. 15 (Altlasten, Grünabfallsammelplätze); die Mittel sollten als Planungskosten für den Haseesee zur Verfügung gestellt werden.

RM Sieksmeyer bittet um weitere Informationen zu den angesetzten Kosten für das geplante Brückenkataster. LSBD Greife erklärt, dass das Kataster jährlich fortgeschrieben wird, wofür Statiker beauftragt würden. RM Quebbemann und RM Sieksmeyer bitten um Prüfung, ob die Einstellung eines Statikers Kosten sparen kann. BGM Höltermann weist darauf hin, dass dies nicht nur erhebliche Personalkosten zur Folge hätte, auch entsprechende EDV-Programme und Messgeräte müssten angeschafft werden.

BGM Höltermann setzt sich dafür ein, die Restmittel Haseesee nicht zurückzuführen. Die Gelder würden für die Planung der Außenanlagen, für weitere Sitzgelegenheiten, Spielgeräte und Bepflanzung benötigt. BGM Höltermann stellt in Aussicht, dass der Verwaltungsausschuss bei der Verwendung der Haushaltsmittel für den Haseesee beteiligt wird.

Die vorgetragenen Punkte werden durch die Mitglieder des Ausschusses zur Kenntnis genommen. Eine Empfehlung an den Finanzausschuss wird nicht ausgesprochen, da aus Sicht der SPD-Fraktion mangels Vorlage entsprechender Unterlagen keine Aussage zu den Änderungsvorschlägen gemacht werden könne.

TOP 19 Informationen

Informationen seitens der Verwaltung werden durch LSBD Greife vorgetragen.

1. Antrag Solarpark Hemker Strasse, Fa. Eyedexe

Im Dezember 2011 ist bei der Verwaltung ein Antrag auf Errichtung eines Solarparks südlich der Bahnlinie unterhalb der Hemker Straße vorgelegt worden. Hier soll auf einer Fläche von 24,2 ha ein Solarpark entstehen. Antragsteller ist die Fa. Eyedexe aus Kassel.

Der wirksame FNP der Stadt stellt die in Rede stehenden Flächen als Flächen für die Landwirtschaft dar. Sie liegen zudem im Überschwemmungsgebiet und sind Bestandteil eines Landschaftsschutzgebietes. Das Regionale Raumordnungsprogramm für den Landkreis Osnabrück trifft für die in Rede stehenden Flächen mehrere, sich überlagernde Ziel-aussagen: Vorsorgegebiet für Landwirtschaft auf Grund besonderer Funktionen der Landwirtschaft, Vorsorgegebiet für Natur und Landschaft und zumindest teilweise, Vorranggebiet für Natur und Landschaft.

Nach dem jetzt in Aufstellung befindlichen Landesraumordnungsprogramm für das Land Niedersachsen sollen für die großflächige Nutzung durch Anlagen zur Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie „bereits versiegelte Flächen“ in Anspruch genommen werden. *Vorbehaltsgebiete Landwirtschaft* – um eine solche Fläche handelt es sich südlich der Bahn – *dürfen dafür nicht in Anspruch genommen werden*. Das Land Niedersachsen begründet dieses raumordnerische Ziel damit, dass dem Schutz landwirtschaftlicher Flächen als unverzichtbarer Basis für die Nahrungs- und Futtermittelproduktion im Hinblick auf die zunehmenden Flächennutzungskonkurrenzen eine besondere Bedeutung zukommt.

Die Verwaltung hat zu dem vorliegenden Antrag mit der Landwirtschaftskammer Kontakt aufgenommen. Bei einer Anfrage im vorvergangenen Jahr zu einer anderen Fläche hatte

die Kammer sich bezüglich der Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen durch PV-Anlagen eher zurückhaltend, wenn nicht gar ablehnend geäußert. Die Kammer sieht auch den von der Verwaltung beschriebenen Druck auf die landw. Flächen als durchaus gegeben an, insbesondere auch durch die Biogasanlagen. Zur Frage der Bodenqualität teilt die Kammer mit, dass es sich um Böden mittlerer Qualität handelt, die jedoch im Verhältnis gesehen eine höhere Bonität als viele Flächen insbesondere im Nordkreis haben.

Ergebnis: Der vorliegende Antrag ist selbstverständlich unter den Rahmenbedingungen des EEG und des LROP sowie der städtischen Flächennutzungsplanung zu beurteilen. Unter Berücksichtigung der geschilderten landesplanerischen Vorgabe, die voraussichtlich in wenigen Monaten verbindlich sein wird und der erheblichen Inanspruchnahme landw. Flächen vergleichsweise guter Bonität kann dem Antrag an diesem Standort aus Verwaltungssicht nicht stattgegeben werden.

RM Sieksmeyer spricht sich im Namen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen gegen solare Freiflächenanlagen aus. Die städtische Klimaschutzpolitik solle vorrangig durch Windkraft und die Aktivierung von Dachflächen für die solare Energienutzung vorangetrieben werden. Durch Freiflächenanlagen würden sich die bereits hohen Pachtpreise für landwirtschaftliche Flächen weiter verschärfen.

RM Quebbemann lehnt die geplante Freiflächenanlage im Namen der CDU-Fraktion ab. Es solle der Druck auf die Bodenpreise landwirtschaftlicher Flächen nicht weiter erhöht werden.

2. Sondersitzung zum Klimaschutzkonzept des Landkreises

LSBD Greife informiert, dass voraussichtlich im Mai im Rahmen einer Sondersitzung zum Thema „Klimaschutzkonzept des Landkreises Osnabrück“ eine Vorstellung des Klimaschutzkonzeptes seitens des Landkreises geplant ist.

3. Bericht in den Bramscher Nachrichten v. 28.02.2012

Zum Thema Photovoltaik nimmt LSBD Greife zu einem Bericht in den Bramscher Nachrichten vom 28.02.12 Stellung. Dabei ging es um ein im Außenbereich der Stadt Bramsche realisiertes Bauvorhaben eines Landwirtes in Achmer. Dort sei ein Bauvorhaben entgegen der Zielrichtung des Gesetzgebers (§ 35 Baugesetzbuch - Bauen im Außenbereich) errichtet worden. Gerade die Größe des Bauvorhabens wurde im Verfahren seitens der Verwaltung hinterfragt; auch die Frage, warum nicht die durchaus ortsbildprägende Bausubstanz des Hofes instandgesetzt wurde. Nach Aussage des Bauherrn sei die Größe des Stalles weniger dem Flächenbedarf, als der PV-Anlage auf 120 m Dachlänge geschuldet. Die Verwaltung sei der Auffassung, dass hier ein Bauvorhaben entgegen der Zielrichtung des Gesetzgebers errichtet wurde. Das Beispiel zeige, dass die im EEG festgelegte Förderung des sog. „Grünen Stromes“ zumindest teilweise in die falsche Richtung geht.

4. Antrag auf Ausweisung von Bauflächen „Am Sandhügel“

Bei der Stadt Bramsche ist im September 2011 das Schreiben eines Grundstückseigentümers eingegangen, der für das Flurstück 244/7, ca. 6.600 qm, gelegen östlich der Straße „Am Sandhügel“, die Ausweisung von Bauflächen beantragt. Die Überplanung der Flächen macht allerdings nur Sinn, wenn alle Eigentümer in diesem Bereich mit der Überplanung einverstanden sind. In diesem Bereich sind aber noch Flächen langfristig als Schrebergartenflächen verpachtet. Zudem bedürfte das Gebiet zuvor genauer Untersuchung, da dort wohl Quellbereiche vorhanden sind. Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag erst dann inhaltlich zu prüfen, wenn alle Flächen zur Verfügung stehen, weil nur dann eine sinnvol-

le Erschließung möglich ist. Zudem müsste sichergestellt sein, dass die Quellbereiche einer Bebauung nicht entgegenstehen.

5. Lärmaktionsplan – Auftrag an RP Schalltechnik

Die Verwaltung hat Anfang des Jahres einen Auftrag an RP-Schalltechnik in Osnabrück vergeben. Es geht um die Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie mit anschließender Lärmaktionsplanung. Dies beinhaltet die Auswertung der Ergebnisse von Lärmkartierung an übergeordneten Straßen. In Bramsche sind hier die BAB 1, die B 68 und die B 218 betroffen. Daraus werden dann Lärmschwerpunkte abgeleitet. Die Ergebnisse werden nach interner Diskussion der Öffentlichkeit vorgestellt. Aufgrund der Ergebnisse erfolgt dann als nächster Schritt eine Lärmaktionsplanung, die letztendlich in einzelnen Maßnahmen mündet. Zuständig für die Umsetzung dieser Maßnahmen ist der Straßenbauasträger. Da die Lärmaktionsplanung bundesweit erfolgt und ein ganz erhebliches Maßnahmen- und Investitionsvolumen, wahrscheinlich in Milliardenhöhe, zur Folge haben wird, kann überhaupt keine Aussage über die Möglichkeit der Realisierung einzelner Maßnahmen gemacht werden. (Auftragssumme € 4.800)

6. Sachstand B 218.

Im Januar 2012 hat die Straßenbauverwaltung der Stadt und anderen Verfahrensbeteiligten im Rahmen eines Behördentermins den Stand des Entwurfsverfahrens zum Ausbau mit Grunderneuerung auf der B 218 zwischen Hesepe und Ueffeln vorgestellt. (*Die Präsentation der Landesstraßenbauverwaltung zum Ausbau der B 218 ist der Niederschrift beigelegt.*) Insgesamt wurden 5 Alternativen untersucht: Nördl. Verbreiterung, beidseitige Verbreiterung, Ausbau/Erhaltung, Trassenverlegung vor Hesepe, Erhaltung. Im Rahmen einer Bewertungsmatrix wurden die Alternativen gegenübergestellt. Die Alternative 3 (Ausbau mit Verbreiterung nach Süden, Erhaltung im Heseper Abschnitt) war in der Punktbewertung die relativ beste. Die Straßenbauverwaltung wird auf dieser Grundlage weiterarbeiten, wobei nach Ansicht der Verwaltung noch durchaus Möglichkeiten gegeben sind, den Eingriff in den Baumbestand weiter zu reduzieren. Da die Straßenbauverwaltung vom RQ 11 nicht Abstand nehmen können, ist es sicherlich sinnvoll, die Straße unter Inanspruchnahme (= Verrohrung) des Grabens so weit wie möglich in Richtung Süden zu drücken, um für die Anlieger eine Entlastung dahingehend zu erreichen, dass die Straße möglichst nicht näher an die Häuser heranrückt. Der Vorentwurf soll Ende 2012 fertiggestellt sein. Die Verwaltung wird weiter berichten.

7. Mautstrecke B 68

Die Straßenbauverwaltung hat der Stadt Bramsche mitgeteilt, dass die Bundesstrasse 68 im Abschnitt von Osnabrück-Haste bis Hesepe (Abzweig ins Industriegebiet) mautpflichtig wird, und zwar ab August 2012. Stadt Bramsche, Landkreis Osnabrück und Straßenbauverwaltung werden in den kommenden Wochen alle theoretischen Ausweichstrecken per Zählung erfassen, um nach Einführung der Mautpflicht auf der B 68 etwaige Veränderungen eindeutig belegen zu können.

8. Zusätzliche Sitzung wg. B 145

Die Verwaltung beabsichtigt in Abstimmung mit dem Ausschussvorsitzenden am 18.04.2012 zu einer Sondersitzung zur Beratung über den Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 145 „Industriegebiet westlich der L 78“ im Ortsteil Engter einzuladen.

BV Bühning weist auf die schlechte Parkplatzsituation am Sportplatz Schüttenheide hin. Bei Veranstaltungen sollten zukünftig Maßnahmen zur Verbesserung ergriffen werden (z.B. Parken von Besuchern nur noch auf einer Straßenseite).

LSBD Greife verweist auf die Zuständigkeit des Fachbereiches 2. Der Verein solle sich bei Großveranstaltungen, die 2-3 mal jährlich stattfinden, rechtzeitig mit dem Fachbereich in Verbindung setzen.

TOP 21 Einwohnerfragestunde

Ein Anlieger der B 218 vertritt die Interessengemeinschaft B 218. Er bittet darum, dass die Planungsvarianten zum Ausbau der B 218 im Vorfeld des offiziellen Planfeststellungsverfahrens mit den Betroffenen diskutiert werden. Die Straße solle saniert werden, der Verkehr jedoch nicht weiter an die Häuser heranrücken. Bereits heute gäbe es erhebliche Schäden an den Häusern.

BGM Höltermann erklärt, dass die Verwaltung der Stadt Bramsche keinen echten Einfluss auf die Planung habe, dies vielmehr eine Angelegenheit übergeordneter Politik sei. Seitens der Verwaltung werde man sich klar positionieren. Man könne zwar eine Stellungnahme abgeben, inwieweit dieser nachgekommen werde, sei jedoch fraglich. LSBD Greife erklärt, dass die Straßenbauverwaltung auf Wunsch des Ortsrates Ueffeln im Mai den derzeitigen Stand der Planungen vorstellen wird.

RM Bei der Kellen verlässt die Sitzung um 22:10 Uhr.

Herr Winkler, Anlieger im Bereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 144 „Südöstlich der Westerkappelner Straße“ in Achmer, äußert sich zu der seitens der Bürgermeisterin angesprochenen Versammlung. Man habe sich lediglich bzgl. der Wegeführung des Lieferverkehrs beschwert und um Aufstellung eines Schildes gebeten. Herr Winkler führt weiter aus, dass sich niemand über die bereits vorhandene Staub- und Lärmbelastung beschwert. Er kann sich nicht erklären, warum aus Gründen des Immissionsschutzes dort nicht gebaut werden dürfe. Dann dürfe die Firma Czekalski an der Stelle überhaupt nicht existieren. Der Betrieb schädige die Anlieger bereits extrem, worüber sich jedoch nie jemand beschwert habe. Bei den Neubauten könnte entsprechende Schallisolierung vorgesehen werden, Probleme hätten nur die schon ansässigen Bewohner.

Ein Bürger stellt mehrere Fragen:

1. Bitte um die Liste des Brückenkatasters für den Ortsrat Achmer.
Wird seitens der Verwaltung geprüft.
2. Frage nach Ausbaubereich des Grünegräser Weges.
LSBD Greife erläutert hierzu.
3. Frage Sachstand Seniorenpark am Renzenbrink.
Seitens der Verwaltung gibt es nichts zu berichten, da kein Antrag vorliegt, so LSBD Greife.
4. Sachstand geplanter Windpark Achmer/Ueffeln.
Der Verwaltung ist eine solche Planung nicht bekannt.

Vors. Pahlmann schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 22:15 Uhr und stellt die Nicht-Öffentlichkeit her.

Höltermann
Bürgermeisterin

Heiner Pahlmann
Vorsitzende

Marion Schwarzenauer
Protokollführer